

Herr Peter Hartl
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Tobias Käufer
Herr Stephan Neuhoff
Frau Beigeordnete Henriette Reker
Herr Bernd Rosenberger
Herr Jörg Simon

Schritfführerin

Frau Evelyne Jeske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Jentgens	SPD
Herr Sven Kaske	auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli	GOL
-----------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
-------------------	-----------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
---------------------	----------------------

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 29. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

RM Herr Dr. Strahl bemerkt zu TOP 5.2 – Änderung der Satzungen über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) -an, dass diese Vorlage an sich verfristet sei. In Anbetracht dessen, dass es sich hier um die Umsetzung geltenden Rechts handele und bei einer Verzögerung jede Menge Ersatzansprüche einen sehr hohen bürokratischen Aufwand erfordern würde, werde die CDU-Fraktion im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Fristeneinrede nicht geltend machen.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet unter TOP 6.6 die Mitteilung zum Thema „Rettungshubschrauberstation für Köln – Alternativstandort Flugplatz Kurtekotten“ auf die Ta-

gesordnung zu setzen und zu verteilen. Das Thema sei von hohem Interesse bei den Leverkusener Medien.

Außerdem teilt Herr Stadtdirektor Kahlen mit, dass TOP 6.2 – Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg – Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform - zurückgezogen werde. Im Ausschuss Umwelt und Grün sei es zu Verwirrungen gekommen, weil im Gutachten aus einem städtischen Papier Unzutreffendes zitiert wurde. Die Mitteilung werde überarbeitet.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit den Änderungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Vortrag zum Thema "Kommunale Gefahrenabwehr - Aufgaben der Feuerwehr"

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet - Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.03.2013 – mündlicher Sachstandsbericht

2.2 Anfragen des Gesundheitsausschusses vom 11.06.2013 zum Tagesordnungspunkt 2.1 "Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr"
2222/2013

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Trinkwasserversorgung während Hitzeperioden
AN/0906/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Sanierung der elektrotechnischen Anlage der Feuerwache 7 (Porz), Kaiserstr. 69
2022/2013

- 5.2 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostener-satz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1957/2013

6 Mitteilungen

- 6.1 Zahlen, Daten und Fakten zum Prozess der Inklusionsentwicklung in Kölner Schulen - Inklusionsmonitoring, 1. Ausbaustufe
1897/2013
- 6.2 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg
Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform
2086/2013
zurückgezogen
- 6.3 Bericht "Gesund altern in Köln" 2012
2266/2013
- 6.4 Haushaltmäßige Auswirkungen infolge der bevorstehenden Novellierung des Rettungsdienstgesetzes NRW
2257/2013
- 6.5 Umsetzung der Trinkwasserverordnung
hier: Legionellenuntersuchungen in Wohngebäuden
2388/2013
- 6.6 Rettungshubschrauberstation für Köln - Alternativstandort Flugplatz Kurtekot-ten
2434/2013
neu hinzugefügt

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Tuberkulose-Stationen in Kölner Krankenhäusern
- 7.2 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-vertretungen

- 9.1 Notfallversorgung in Kölner Krankenhäusern
AN/0915/2013

9.1.1 Notfallversorgung in Kölner Krankenhäusern
2393/2013

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Vortrag zum Thema "Kommunale Gefahrenabwehr - Aufgaben der Feuerwehr"

Herr Neuhoff, Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, referiert anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema „Kommunale Gefahrenabwehr – Aufgaben der Feuerwehr“.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich im Namen des Gesundheitsausschusses für die interessante Darstellung.

Danach nimmt Herr Neuhoff zu den Anmerkungen von SB Frau Houben und SB Frau Barion Stellung.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Konsequenzen aus vermehrten Stromausfällen im Kölner Stadtgebiet - Anfrage der FDP-Fraktion vom 06.03.2013 – mündlicher Sachstandsbericht

Herr Hartl, Leiter der Abteilung Gefahrenabwehr III und Informationssysteme des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz beantwortet anhand einer Powerpoint-Präsentation die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Beantwortung und bittet, die Folien der Niederschrift beizufügen (*Anlage 1*).

SE Herr Dr. Theisohn möchte sich vergewissern, dass alle Krankenhäuser mit einem Notstromaggregat ausgestattet sind. Außerdem interessiere ihn, ob die großen stationären Pflegeeinrichtungen eine solche Zusatzversorgung vorhalten.

Herr Hartl teilt mit, dass Einrichtungen, die rechtlich als Krankenhäuser zu bewerten seien, auch die Verpflichtung haben, eine 24 Stunden-Notstromversorgung vorzusehen. Schwierigkeiten gebe es bei den Tageskliniken. Bei den Alten- und Pflegeheimen sei er sich nicht ganz sicher. Er gehe davon aus, dass sie nicht flächendeckend mit einer Notstromversorgung ausgerüstet seien. Es gebe einzelne Einbauten, wie Aufzüge oder ähnliche Anlagen, die eine rudimentäre Notstromversorgung aufweisen.

2.2 Anfragen des Gesundheitsausschusses vom 11.06.2013 zum Tagesordnungspunkt 2.1 "Sachbericht aus dem Rechnungsprüfungsausschuss zu den Kosten der Feuerwehr" 2222/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Fragen von RM Herrn Dr. Strahl und SB Frau Houben sind damit beantwortet.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**3.1 Trinkwasserversorgung während Hitzeperioden
AN/0906/2013**

Frau Beigeordnete Reker teilt mit, dass wegen der Kürze der Zeit eine schriftliche Antwort der Verwaltung noch nicht möglich war. Wenn der Ausschuss es wünsche, könne sie jedoch mündlich antworten und die Stellungnahme anschließend der Niederschrift beifügen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach verweist auf die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Sanierung der elektrotechnischen Anlage der Feuerwache 7 (Porz), Kaiserstr. 69
2022/2013**

Der Gesundheitsausschuss ist aufgrund der schriftlichen Äußerungen des Rechnungsprüfungsamtes der Auffassung, nicht auf den Vorbehalt der Vergabeentscheidung zu verzichten.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss erkennt die Notwendigkeit der Erneuerung der Elektroinstallation der Feuerwache 7 an und beauftragt die Verwaltung, die Ausführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Gesundheitsausschuss behält sich die Vergabeentscheidung vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.2 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1957/2013**

RM Herr Dr. Strahl begrüßt die Änderungen der Satzungen, da sie den Bürgerinnen und Bürgern eine Rechtssicherheit geben und Vorschüsse ersparen würden.

SE Herr Dr. Theisohn möchte wissen, ob bei den Pflegeheimen Brandschau-Gebühren erhoben werden.

Herr Rosenberger, Verwaltungsleiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, erwidert, dass Pflegeheime häufig gewerblich betrieben werden. Daher würden sie wie andere Wirtschaftsbetriebe auch mit Gebühren belastet.

Auf die Frage von SB Frau Houben, ob die Stadt Köln bei der Brandschau des Rathauses ebenfalls Gebühren zahlen müsse, entgegnet Herr Rosenberger, dass mit städtischen Dienststellen wegen des hohen Aufwandes grundsätzlich keine monetäre Verrechnung erfolge. Eine Ausnahme sei die Gebäudewirtschaft, der aufgrund ihres Status als eigenbetriebsähnliche Einrichtung und den für solche Einrichtungen geltenden Rechtsvorschriften Leistungen in Rechnung gestellt werden.

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 28.12.1999 bis 26.03.2008 die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Entgelten und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.12.1990 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 16.06.2011 bis zum Inkrafttreten der Feuerwehrsatzung gemäß Ziffer 3 und der Feuerwehrgebührensatzung gemäß Ziffer 4 die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.03.2008 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
3. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 3 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.
4. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 4 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrgebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Mitteilungen

6.1 Zahlen, Daten und Fakten zum Prozess der Inklusionsentwicklung in Kölner Schulen - Inklusionsmonitoring, 1. Ausbaustufe 1897/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Nach kurzen Beiträgen von RM Herrn Dr. Strahl, RM Herrn Paetzold, RM Herrn Peil, und SE Herrn Steffens bittet die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach, im Gesundheitsausschuss keine „Schuldebatte“ zu führen. Die vorgelegte Mitteilung diene ihrer Auffassung dazu, einen Überblick über Zahlen, Daten und Fakten zu erhalten. Aus gesundheitspolitischer Sicht müsse das eine oder andere zukünftig sicherlich betrachtet werden.

6.2 Rettungshubschrauberstation Köln auf dem Kalkberg Machbarkeitsstudie Anlage einer Aussichtsplattform 2086/2013

Die Verwaltung zieht die Mitteilung vor Eintritt in die Tagesordnung zurück.

6.3 Bericht "Gesund altern in Köln" 2012 2266/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bericht „Gesund altern in Köln“ wurde den Ausschussmitgliedern bereits in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.06.2013 vorgelegt, damit sie ausreichend Zeit haben, sich auf die inhaltliche Auseinandersetzung zur Gesundheitsförderung im Alter vorzubereiten.

SE Herr Dr. Theisohn dankt der Verwaltung für den aufschlussreichen Bericht und begrüßt die vielen Angebote in Köln.

Er weist auf den Arbeitskreis „Gesundheit im Alter“ der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK) hin, der in diesem Jahr wegen unzureichender Personalressourcen im Gesundheitsamt noch nicht getagt habe. Er hoffe, dass das Angefangene endgültig weiter fortgesetzt werden kann.

Frau Beigeordnete Reker erklärt, dass eine Organisationsverfügung in Vorbereitung sei, um die Stelle der Geschäftsführung der KGK wieder besetzen zu können.

Die Ausschussvorsitzende Frau Schmerbach begrüßt diese Aussage.

6.4 Haushaltmäßige Auswirkungen infolge der bevorstehenden Novellierung des Rettungsdienstgesetzes NRW 2257/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung (*Anlage 2*) zur Kenntnis.

Herr Rosenberger ergänzt, dass die Verwaltung einen besonders kritischen Punkt herausgegriffen habe, der den Haushalt der Stadt Köln im erheblichen Umfang tangieren werde. Dadurch, dass eine bisher vorhandene Vorschrift wegfalle, habe die Verwaltung nicht mehr die Möglichkeit, zukünftig Fehlfahrten kostenmäßig mit in die Kalkulation hineinzunehmen. Das bedeute, dass sie nicht mehr eine Kostendeckung von nahezu 100% im Rettungsdienst erreichen könne. Andere kritische Punkte werden zunächst noch auf der Fachebene diskutiert.

Herr Neuhoff ergänzt, im Referentenentwurf stehe, dass keine haushaltsmäßigen Auswirkungen auf die Kommunen zukämen. Dahinter stehen für Köln 4,5 Millionen Euro. Rechnet man dies landesweit mal 15, können die Auswirkungen auf die Kommunen abgelesen werden.

6.5 Umsetzung der Trinkwasserverordnung hier: Legionellenuntersuchungen in Wohngebäuden 2388/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung (*Anlage 3*) zur Kenntnis.

Da zu wenig Zeit war, die Mitteilung ausführlich zu lesen, regt die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach an, diesen Punkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Bei den Ausschussmitgliedern erhebt sich kein Widerspruch.

6.6 Rettungshubschrauberstation für Köln - Alternativstandort Flugplatz Kurtekotten 2434/2013

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 4*) verteilte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert die als Tischvorlage verteilte Mitteilung und das Ergebnis der Überprüfung des Angebotes des Luftsportclubs Bayer Leverkusen e.V. Danach sollte das Angebot nicht weiter verfolgt werden. Stattdessen werden, wie ursprünglich geplant, die weiteren Arbeiten in der Konsequenz der Ratsbeschlüsse vom 20.12.2011 und 28.06.2012 mit dem Ziel fortgeführt, die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg zum Ende 2014 fertig zu stellen.

Die Ausschussmitglieder SB Frau Barion, RM Frau Schmerbach, RM Frau Gärtner, SB Frau Houben, SE Frau Röhrig und RM Herrn Peil sind erleichtert, dass die Verwaltung das Ansinnen des Vereins schnell geprüft und bewertet habe. Sie stimmen der Bewertung der Verwaltung und der möglichst schnellen Umsetzung des Ratsbeschlusses zu.

SE Frau Röhrig wird das Ergebnis der Verwaltung noch in ihrer Fraktion diskutieren.

Alle Ausschussmitglieder sind der Auffassung, dass die Inbetriebnahme der Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg so schnell wie möglich erfolgen soll.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Tuberkulose-Stationen in Kölner Krankenhäusern

SE Frau Röhrig bittet die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kölner Krankenhäuser müssen Stationen für an Tuberkulose erkrankte Patientinnen und Patienten vorhalten?
2. Muss das Krankenhaus Merheim eine Tuberkulosestation vorhalten und kann diese zeitweilig geschlossen werden?

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

7.2 Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln

RM Frau Schmerbach bezieht sich auf die Mitteilung in der Sitzung des Gesundheits- und des Jugendhilfeausschusses am 11.06.2013 zum Thema „Aktueller Sachstand zur Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern in Köln“. Im Anschluss hätten sich die Familienberatungsstellen an sie gewandt und ein umfassenderes Hilfeprogramm dargestellt.

Sie möchte von der Verwaltung wissen, ob dieses Hilfeprogramm bekannt und ausreichend für die Zielgruppe sei.

Frau Dr. Bunte, Leiterin des Gesundheitsamtes, gibt dazu folgende Erläuterungen:

Der Mitteilung zur Sitzung am 11.06.2013 sei die Diskussion im Jahr 2012 vorausgegangen, dass mehrere Projekte, die zum Teil mit Bundes- und anderen Fördermitteln gefördert wurden, in Köln 2012 eingestellt worden sind. Betroffen davon seien zwei Caritas-Projekte und aktuell für das Jahr 2013 das Projekt der Stiftung Leuchtfeuer, finanziert über die Aktion Mensch (läuft Ende 2013 aus) und vom Landschaftsverband (Träger „Der Sommerberg“) das Projekt „Koordinierungsstelle – Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern und ihren Familien“, angebunden an das Sozialpsychiatrische Zentrum Kalk. Die Angebote hätten sich überaus bewährt und seien sehr niedrigschwellig für die Familien. Es handele sich hier um Familien, die in der Regel von sich aus den Weg nicht in eine Familienberatungsstelle finden, da sie die Scheu haben, offen mit der eigenen Erkrankung umzugehen.

Im letzten Jahr habe eine Arbeitsgruppe Überlegungen angestellt, wie man die bestehenden Angebote aufrecht erhalten könne. Es stelle sich die Frage, ob die Familienberatungsstellen mit ihrer Komm-Struktur in der Lage seien, gerade den akut belasteten Familien die Hilfestellung zu geben, die sie benötigen.

RM Frau Schmerbach **bemerk**t, dass die Kommstruktur ebenfalls wichtig sei, aber es auch noch ein paar andere Elemente inhaltlicher Art gebe, um den Kindern eine andere Betreuung anzubieten.

Sie nehme zur Kenntnis, dass es bisher viele Angebote für die Kinder und Jugendlichen psychisch kranker Eltern in Köln gegeben habe.

Frau Beigeordnete Reker ergänzt, dass in der Mitteilung zur letzten Sitzung des Gesundheits- und des Jugendhilfeausschusses der aktuelle Sachstand dargestellt wurde. Die Verwaltung bestreite nicht, dass es vorher auch Angebote anderer Art gab. Dass die Freien Träger für ihre Angebote werben, sei verständlich.

Zum Hinweis von Frau Schmerbach bezüglich der Anzahl der betroffenen Kinder sowie zur Wichtigkeit der Arbeit bemerkt Frau Beigeordnete Reker, dass dies unbenommen sei. Die Verwaltung werde nach ihren Möglichkeiten versuchen, die Projekte weiterzuführen.

Schmerbach

Ausschussvorsitzende

Jeske

Schriftführerin